

Selbstamer gewordener Wahlberechtigter das Ziel jeder Wahlrechtsregelung sein muss, erfordert im Gegenteil eine Einschränkung dieser Tendenzen, die zweifellos in einem Mehrheitswahlrecht nach Art des Reichstagswahlrechts...

An einer klaren Stellungnahme gegenüber dieser grundsätzlichen Frage geben jedoch die Wahlreformpläne der Reichsregierung ebensoviele Vorbehalte, wie sich die Regierung auch scheut, dem abgewiesenen System der Parteilisten völlig den Vorrang zu machen. Das ist vielleicht nicht zu verwundern...

Wahlkreise die Wählerzahlen erreicht haben. Man wird nicht gerade behaupten können, daß dieses System einfach und ungünstig sei. Doch weniger aber wird man davon sprechen können, daß der schließliche gewählte Abgeordnete in einem Vertrauensverhältnis zu seinen Wählern steht...

Damit aber sind die Reformabsichten der Reichsregierung erschöpft. Ihre Pläne decken sich ungefähr mit der vor zwei Jahren eingebrachten, in der Verfassungskommissionen reformierten und bedeutend einen Verlust mit unangenehmen Mitteln, bei dem man nicht weiß, ob die Arbeit lobt...

Die Aufhebung der Weinsteuern gefordert.

Koblenz, 26. Febr. Die Industrie- und Handelskammer Koblenz hat an den Reichsfinanzminister, den Reichswirtschaftsminister und den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Eingaben gerichtet, unter denen unter anderem auf die gegenwärtige große Notlage des Weinbauers und des Weinhandels die sofortige Befreiung der Weinsteuern gefordert wird.

Eine aus Verneinung vorliegende Meldung besagt noch, daß auf eine Vorlesung des Landrates von Verneinung hin, die in Ausführung eines Kreisratsbeschlusses erfolgte, vom Landratspräsidenten eine telegraphische Nachricht eintraf, daß die Ausschüsse von Reichs- und Provinzialparlamenten für die Befreiung des Weinsteuers und die Aufhebung der Weinsteuern dringend zu beantragen.

Verneinung, 26. Febr. In den gestrigen Unruhen erlährt Wolffs Reichstagsmitglied, daß die Ermittlungen gegen sieben Personen genügend Belastungsmaterial zur Erhebung der Anklage wegen Landfriedensbruchs ergaben. Da jeder Verdacht ausgeschlossen ist, wurden alle aus der Haft entlassen.

Schweres Bauunglück in Volbringen.

Frankfurt a. M., 26. Febr. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Luxemburg: Wie eine Anzahl Arbeiter den großen Ramin auf der Mühlstraße in Villersdorf reparieren wollten, fiel der Stein unter gewaltigen Gewicht um und begrub acht Arbeiter unter den Trümmern...

Behandlung der Saarfrage ohne Deutschland?

London, 26. Febr. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: In politischen und diplomatischen Kreisen sei man überrascht, daß der erste Punkt der Tagesordnung der Völkerbundstagsitzung sich mit der Ernennung des Vorsitzenden und der Mitglieder der Saarregierungs-Kommission und mit anderen Angelegenheiten des Saargebietes beschäftigt. Da Deutschland in seiner politischen Lage vor dem zweiten oder dritten Verhandlungstag einnehmen werde, frage man sich, weshalb bei dieser Tagesordnung Deutschland von der Erörterung eines Problems ausgeschlossen werden sollte.

Am Fuße der Tagesordnung befindet sich ein vielfach diskutierter Antrag, wonach die Frage des in der entmilitarisierten Rheinlandszone einzuführenden Untersuchungssystems „auf eine spätere Völkerbundstagsitzung vertagt werden soll, damit die Frage gründlicher studiert werden kann“.

Unveränderte Erwerbslosenziffern.

Berlin, 26. Febr. Während der Monat Januar noch ein beträchtliches Anwachsen der Zahl der unterstufen Erwerbslosen gebracht hatte, ist diese Zahl in der ersten Hälfte des Februar im wesentlichen unverändert geblieben. Unverändert ist insbesondere die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger mit 1778.000.

Insgesamt betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 2.059.000 gegen 2.081.000 am 1. d. M.

Andererseits hat sich die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterhalbberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) von 2.861.000 auf 2.852.000 verändert. Die Entlohnung innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige ist noch sehr unausgeglichen.

Schwere Beschuldigungen gegen einen Richter.

Berlin, 26. Februar. Die Berliner und Stettiner Kriminalpolizei ist vor kurzem äußerst umfangreichen Verleumdungsbeschuldigungen auf die Spur gekommen, die ein Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs, und zwar ein Landgerichtsdirektor, begangen haben soll. Die Ermittlungen der beiden Kriminalpolizeibehörden sind jetzt so weit abgeschlossen, daß die Polizei höchstwahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Abends gegen den ungetreuen Landesgerichtsdirektor vorgehen wird.

Wie eine Berliner Korrespondenz mitzuteilen weiß, handelt es sich um Landgerichtsdirektor Jürgen beim Amtsgericht Charlottenburg, der Anfang dieses Jahres aus Stargard in Pommern hierher versetzt worden war. Bei Jürgen's wurde im Juni 1925 während seines Vertretungsbesuchs im Amtsgericht ein rätselhafter Einbruch verübt, bei dem nach seiner Angabe wertvolle Schmuckstücke seiner Gattin im Werte von 18.000 M. gestohlen wurden. Jürgen's wurde von einer Reiseversicherung her Verlust erleidet. Im Spätherbst erfolgte ein weiterer Einbruch in der Stargarder Wohnung des Richters. Da bei dem Einbruch auch wichtige politische Akten abhanden gekommen waren, hat man die Tat als einen Raubakt infanterischer Art, deren Täter sich Jürgen's durch verdächtige Prozesse gegen kommunistische Angelegenheiten zu sichern habe, angesehen. Auch bei diesem zweiten Einbruch dachte eine Versicherungsgesellschaft, die jedoch den Fall der Stettiner Polizei und später der Berliner Kriminalpolizei zur Nachprüfung übergab. Die von einem Spezialkommissioner als bevorstehend angeordnete Verhaftung des Landesgerichtsdirektors ist noch nicht erfolgt.

Eine günstige Einkaufsmöglichkeit bietet die neue Doppelproduktion von „Schwarz-“ mit dem schwarzen Kopf. Sie enthält 2 Weizen für zweiwöchigen Verbrauch und kostet 85 Pf. Die besten Einkaufsmöglichkeiten sind weiter unten für 20 Pf. erhältlich. Achten Sie aber in jedem Fall auf die Schutzmarke „Schwarzer Kopf“.

Zunehmender Pessimismus in Berlin.

Der Andrang zum Völkerbundsrat.

Berlin, 26. Februar. Die gestrige Rede des polnischen Ministerpräsidenten über den Anspruch Polens auf einen ständigen Ratssitz schon bei der bevorstehenden Märztagung des Völkerbundes und auch die Debatte in der französischen Kammer über die Locarno-Verträge haben die Besorgnis, die man in Berliner politischen und parlamentarischen Kreisen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hegt, verstärkt. Man weiß in Berlin besonders darauf hin, daß der polnische Ministerpräsident bei der finanziellen und politischen Abhängigkeit Polens von den Westmächten und von den Vereinigten Staaten nicht in so bestimmter Form die gleichzeitige Zustimmung eines ständigen Ratssitzes für Polen und Deutschland gefordert haben würde, wenn nicht die schon seit langem laufenden diplomatischen Verhandlungen zwischen Warschau, Paris und London ihm die nötige Unterstützung zugesichert hätten.

Ansprüche Spaniens und Chinas.

Wenn der spanische Außenminister wirklich bereits für die Märztagung einen ständigen Ratssitz in offizieller Form verlangt haben sollte und wenn die spanische Regierung einen entsprechenden Antrag am 8. März im Völkerbund stellen sollte, so würde das die Lage wesentlich verschärfen, nicht weil Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund gegen einen ständigen Ratssitz für Spanien, das heute schon einen ständigen Ratssitz hat, Einspruch erheben würde, sondern weil dadurch die Ansprüche der anderen Mächte einen neuen Grund erhalten würden. Nicht anders steht es mit dem Anspruch eines ständigen Ratssitzes durch China. Die deutsche Regierung hat in den letzten Tagen immer wieder erklärt, daß, falls in der Märztagung andere Mächte in den Völkerbund mit ständigem Sitz aufgenommen würden, man auf eine Teilnahme Deutschlands im Völkerbunde werde verzichten müssen.

Die Kreditverhandlungen mit Rußland.

Schwierigkeiten in der Kreditfrage.

Berlin, 26. Febr. Durch den gestrigen Beschluß des Reichshandelsauschusses, für den deutschen Export nach Rußland eine Garantie zu übernehmen, ist diese Angelegenheit zwar vorwärts gekommen, aber noch nicht abgeschlossen. Der Schwerpunkt liegt jetzt in den fortgeschrittenen Verhandlungen zwischen den deutschen Großbanken und den Wirtschaftsorganen der Sowjetrepublik. Hierbei hat man in den letzten Tagen über wichtige Punkte noch keine Einigung erzielen können. Die Hauptdifferenz besteht in der Frage der Verzinsung des Kredits. Die Russen wollen für einen bis zu fünf Jahren sich erstreckenden Kredit erheblich weniger an Zinsen bewilligen, als gegenwärtig bei und täglich fallende Tarife in derartigen Geschäften kosten. Darauf wollen die deutschen Banken nicht eingehen. Im übrigen drehen sich diese Verhandlungen zwischen den Banken und den russischen Handelsvertretungen nur um 100 Millionen Mark. Die aber einen Teil der geplanten Kreditsumme von 800 Millionen ausmachen, also im Rahmen des Gesamtkredits liegen sollen. Rechner des Kredits und Betreiber der deutschen Exportwaren, zu deren Bezahlung er dienen soll, sind die Wirtschaftsorgane der Sowjetregierung, die in Deutschland durch die russische Handelsvertretung repräsentiert werden. In der Praxis wird es sich hauptsächlich um Einzahlungen von Seiten der Großbanken oder Firmen bzw. seitens in diesem Falle zusammengehörender deutscher Banken oder Firmen handeln.

Wie man noch hört, will der russische Hauptunterhändler Stomaniakow voraussichtlich Mitte der nächsten Woche nach Moskau abreisen, um dort über den Verlauf der Verhandlungen und die Abschlußmöglichkeiten Bericht zu erhalten.

Abberufung des polnischen Gefandten in Tokio

Berlin, 26. Februar. Die Frage des Ratssitzes Polens im Völkerbund hat zur Folge gehabt, daß der polnische Gesandte in Tokio, Patzelt, vom polnischen Staatschef seine Abberufung auf telegraphischem Wege erhalten hat und zur Disposition gestellt wird. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Abberufung eine Folge der Gegenrichtung gegen einen Sitz Polens im Völkerbundsrat darstellt.

Die Unterredung Nintschiff - Mussolini.

Rom, 26. Febr. Eine amtliche Mitteilung über die Unterredung Mussolini's mit dem jugoslawischen Außenminister Nintschiff besagt u. a.: Es wurden die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien im Zusammenhang mit den internationalen Vorgängen und namentlich im Hinblick auf die Verträge von Locarno durchgesprochen. Die Aussprache ergab die Möglichkeit einer intensiven Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten. Die italienische Presse betont die vollständige Uebereinstimmung der beiden Staatsmänner über die wirksame Zusammenarbeit in Europa. Die „Tribuna“ weist die Auffassung zurück, daß bei der Zusammenkunft neue Verträge, Bündnisse oder Geheimabkommen abgeschlossen wurden.

Schwedens bestimmte Ablehnung der Kaiserweiterung.

Stockholm, 26. Februar. Zur Meldung, daß China auf der bevorstehenden Genfer Tagung einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat beantragen werde, falls beabsichtigt werden sollte anderen Ländern als Deutschland einen solchen Sitz zu geben, erklärt Tages-Nachrichten: Man kann einwenden, daß die jetzigen Verhältnisse in China zu Bedenken hiergegen Anlaß geben. Aber China ist eine potentielle Großmacht, die an der Weltpolitik und dem internationalen Interessenskampf stark beteiligt ist. Außerdem ist Asien mit bisher nur einem Ratssitzmitglied nicht gebührend vertreten. Das zeigt, daß das Aufgeben des Grundgedankens, wonach die ständigen Ratsitze den Großmächten vorbehalten bleiben sollen, einen Rückschlag auf der ganzen Linie bedeuten würde. Es würde Verwirrung entstehen und Mißtrauen und Intrige für den Vor offenstehen. Ein anderes Blatt befragte den Außenminister Udden, ob sich neuerdings etwas angetragen hätte, was Schweden veranlassen könnte, seinen Standpunkt wegen Erweiterung des Völkerbundsrats zu ändern. Sein, lautet die kurze und bestimmte Antwort des Ministers. (W. T. S.)

Berlin, 26. Febr. Die „Voss. Ztg.“ weiß aus London zu melden, die japanischen diplomatischen Vertreter bei den Verhandlungen der Alliierten haben die Erklärung abgegeben, daß Japan im Völkerbundsrat gegen jede Vermehrung der ständigen Ratssitze über Deutschland hinaus stimmen werde. Bratillien hat gleichzeitig erklärt, daß es seine Kandidatur auf einen ständigen Ratssitz fallen läßt, wenn sich die Zustimmung gegeben wird, daß mit Deutschland kein Abkommen getroffen werde, das geeignet sein könnte, die Wiederaufnahme seiner Kandidatur auf einem späteren Zeitpunkt unmöglich zu machen.

handlungen und die Abschlußmöglichkeiten Bericht zu erhalten. Die endgültige Entscheidung wird voraussichtlich durch einen Entschluß des Rates der Volkskommissare herbeigeführt werden. In der praktischen Durchführung des Kredits würde durch die Reise Stomaniakow nach Moskau keine Verzögerung eintreten. Ein großer Teil der Direktoren des russischen Kredits, die an der Kreditnahme interessiert sind, befindet sich bereits in Berlin eingetroffen und hat auch mit den einschlägigen Banken sowie der deutschen Industrie schon Verhandlungen aufgenommen.

Wiederaufleben der Marokkokämpfe.

Madriz, 26. Febr. Aus Marokko werden kriegerische Aktionen der spanischen Truppen gemeldet. Spanische Blieger bombardierten heftig Ortschaften und Märkte, während in der französischen Zone die Marokkaner angreifend vorgehen. Die Altsenkte verweigern ihre Verluste, die hauptsächlich von ihnen abgefallenen Stämme wieder zum Kampfe heranzuziehen.

In Tanger wurde von der spanischen Polizei ein Eingeborener aus Tunis verhaftet, der dem panislamistischen Komitee von Tunis als Mitglied angehört und in direkter Verbindung mit Mustafa Kemal steht. Der Funktionär sollte sich verzeihen in die aufständische Zone begeben. Wie noch gemeldet wird, hat sich Portugal offiziell dem Tanger-Statut angeschlossen.

Berlin, 26. Febr. Der Kreuzer „Damburg“ ist am 26. Februar in Pusan a. l. eingelaufen. (W. T. S.)